

An den
Präsidenten des Südtiroler
Landtages
Herrn Dr. Josef Nogglner
Bozen

Bozen, am 22. Jänner 2021

B E S C H L U S S A N T R A G

„Minority SafePack“:

Eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas – umsonst!

- 1 Europäische Bürgerinitiative,**
- 8 Jahre** internationaler Einsatz,
- 9** Vorschläge zum Schutz von Minderheiten,
- 524** Befürworter im EU-Parlament
- 1.128.422** EU-Bürger aus 11 Ländern unterstützen die Initiative
- 0** Maßnahmen und Rechtsakte der EU-Kommission.

Anfang des Jahres hat sich die EU-Kommission über die von über einer Million Europäern und vom EU-Parlament mitgetragenen hinweggesetzt.

Die Europäische Bürgerinitiative „**Minority SafePack — one million signatures for diversity in Europe**“ (MSPI) ist die bisher größte Initiative zum Minderheitenschutz auf europäischer Ebene. Sie umfasst 9 Vorschläge zur Stärkung von Minderheiten, darunter die Einrichtung eines europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt, die Verwendung von Entwicklungsgeldern zum Schutz nationaler Minderheiten oder die Barrierefreiheit im Konsum audiovisueller Medien in der eigenen Muttersprache (Geoblocking).

Die Initiative wurde 2013 von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), dem größten Dachverband autochtoner Minderheiten, Nationalitäten und Sprachgemeinschaften ins Leben gerufen - zu den sieben Initiatoren zählt auch Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder.

In Südtirol haben Zehntausende die MSPI unterzeichnet und das Land Südtirol hat sie nicht nur inhaltlich und politisch, sondern auch finanziell mitgetragen. Trotz des großartigen Erfolges von 1.243.000 Unterschriften aus 11 europäischen Ländern und der Zustimmung des EU-Parlaments hat die EU-Kommission am 15. Jänner 2021 lapidar mitgeteilt, dass keine der Vorschläge in entsprechende Rechtsakte einfließen lassen wolle und die derzeitigen gesetzlichen Regelungen zum Minderheitenschutz als ausreichend befindet.

HINTERGRUND

Seit dem 1. April 2012 genießen wir als Bürgerinnen und Bürger der EU ein neues Recht, das uns eine größere Mitsprache ermöglicht: **Die Europäische Bürgerinitiative.**

Für eine Europäische Bürgerinitiative müssen sich mindestens sieben EU-Bürger aus mindestens sieben EU-Staaten in einem sogenannten Bürgerausschuss zusammenschließen. Mit der Initiative wird die EU-Kommission aufgefordert, bestimmte Gesetzesinitiativen zu ergreifen.

Zunächst entscheidet die EU-Kommission über die Registrierung der Initiative. Danach haben die Organisatoren ein Jahr Zeit, mindestens eine Millionen Unterschriften zu sammeln. Gelingt dies, können die Organisatoren ihr Projekt vor der Kommission und im EU-Parlament vorstellen. Die EU-Kommission muss in einer formellen Antwort erklären, welche Maßnahmen und Rechtsakte sie vorschlägt. Zur Umsetzung der Initiative ist sie nicht verpflichtet.

WERDEGANG DES MSPI

Unter der Dachorganisation FUEN (Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten) legten **im Frühjahr 2013** Bürger aus Belgien, Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Rumänien und Italien (Südtirol) eine **Bürgerinitiative für den Schutz und die Unterstützung von autochtonen Minderheiten in der EU** vor, die den Titel „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“ trägt.

Südtirols **Landeshauptmann Luis Durnwalder zählt zu den Vätern der Initiative**, die unter anderem erreichen will, dass die EU den Minderheitenschutz bei der Vergabe von Fördermitteln besser berücksichtigt. Sie schlagen vor, die Förderprogramme auch auf kleinere Regionen zuzuschneiden, damit auch Regionen mit sprachlichen Minderheiten eine Chance hätten. Auch fordern sie konkrete EU-Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung nationaler Minderheiten.

Im Juli 2013 lehnt die EU-Kommission eine Registrierung dieser Bürgerinitiative ab. Ihre Vorschläge seien teilweise nicht mit EU-Recht vereinbar, so die Kommission.

Die Initiatorengruppe der FUEN gibt sich mit dieser Entscheidung nicht zufrieden und legt **im März 2014 Berufung beim Europäischen Gerichtshof** ein.

Dieser erklärt die abgelehnte Registrierung seitens der EU-Kommission im **Februar 2017** für nichtig. Der E-Gerichtshof erklärt die Begründung der Kommission für „offensichtlich unzureichend“, da die Kommission angeben hätte müssen, welche Maßnahmen sie aus welchen Gründen ablehnt. Denn nur dann könne der Bürgerausschuss die Ablehnung prüfen, um dann rechtlich dagegen vorzugehen oder eine neue Initiative einzubringen.

Nach diesem Luxemburger Urteil lädt die EU-Kommission die Initiatoren zu Verhandlungen ein und erarbeitet einen Kompromiss: Neun der ursprünglich elf vorgeschlagenen Maßnahmen werden zugelassen.

Der Minority SafePack umfasst folgende von der EU-Kommission zugelassene Maßnahmen und Forderungen:

1. EU-Empfehlung zum Schutz und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
2. Förderprogramme für kleine Sprachgemeinschaften
3. Die Schaffung eines Zentrums für Sprachenvielfalt
4. Den Schutz nationaler Minderheiten und die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt aufzunehmen in die Ziele des EU-Fonds für regionale Entwicklung
5. Die Forschung über den Mehrwert von Minderheiten in unserer Gesellschaft und Europa voranzutreiben
6. Anstrengung der Gleichheit für staatenlose Minderheiten, z.B. Roma
7. Ein übergreifendes europäisches Urheberrechtsgesetz, damit Medien und Dienstleistungen in der Muttersprache wahrgenommen werden können
8. Freiheit der Leistung und Inanspruchnahme audiovisueller Inhalte in den Minderheitenregionen
9. Bedingungslose Einbeziehung der Minderheiten in regionale und staatliche Förderprogramme zum Erhalt von Kultur, Medien und Kulturerbe.

Noch im selben Jahr starteten die Initiatoren in mehr als einem Dutzend europäischer Länder eine große **internationale Kampagne**, um die benötigte eine Million Unterschriften zu sammeln und in mindestens sieben Staaten den nationalen Schwellenwert zu erreichen.

Im **Frühjahr 2018** haben **1.320.000 Bürgerinnen und Bürger** die Initiative unterzeichnet und der nationale Schwellenwert wurde in 11 Mitgliedsstaaten überschritten (Rumänien, Slowakei, Ungarn, Lettland, Dänemark, Spanien, Kroatien, Bulgarien, Litauen, Slowenien und Italien).

In April und Mai 2018 werden die Unterstützungsbekundungen den nationalen Behörden in allen 28 Mitgliedsstaaten vorgelegt. Die Behörden haben drei Monate Zeit, um die gültigen Unterschriften zu verifizieren.

Bis **Juli 2018** haben die **nationalen Behörden aller 28 Mitgliedsstaaten** der Europäischen Union die unterzeichneten Unterstützungsbekundungen überprüft und die Gesamtzahl von 1.128.385 Unterschriften bestätigt. Sie bescheinigen, dass es der MSPI gelungen ist, den nationalen Schwellenwert in 11 Mitgliedsstaaten zu erreichen. **Die MSPI ist somit eine anerkannte und gültige Europäische Bürgerinitiative.**

Die Unterstützungsbekundungen wurden am **10. Januar 2020** bei der Europäischen Kommission registriert. Ab diesem Tag hat die Europäische Kommission einen Zeitraum von sechs Monaten, um eine öffentliche Anhörung im Europäischen Parlament zu organisieren und anschließend ihre Position zur Minority SafePack-Initiative bekannt zu geben.

Der **Südtiroler Landtag verabschiedet am 16. Jänner 2020** mit großer Mehrheit einen Begehrensantrag und fordert Italiens Regierung und das italienische Parlament auf, „die Bürgerinitiative Minority SafePack auf europäischer Ebene zu unterstützen und jede sachdienliche Initiative zu ergreifen, um den Minderheitenschutz zu einer europäischen Angelegenheit zu machen“ sowie „sich für die Bürgerinitiative Minority SafePack einzusetzen und nach Möglichkeit auf staatlicher und internationaler Ebene zu intervenieren, um die Kenntnis der Initiative zu fördern und um Unterstützer dafür zu gewinnen“.

Am **5. Februar 2020** legen der Bürgerausschuss, das FUEN-Präsidium und Experten der Europäischen Kommission ihre Legislativvorschläge vor.

Die **öffentliche Anhörung**, welche am 23. März 2020 im Europäischen Parlament geplant war, wird aufgrund der Coronavirus-Pandemie verschoben und findet am **15. Oktober 2020** statt. Die Minority SafePack-Initiative erhält in der öffentlichen Anhörung des Europäischen Parlaments ein überwiegend positives Feedback.

Das **Europäische Parlament** organisiert am 14. Dezember 2020 eine Plenardebatte über den MSPI und nimmt am **17. Dezember 2020 - mit 524 von 694 Stimmen - eine Entschließung zur Unterstützung** der Minority SafePack Initiative (MSPI) an. Damit ist der MSPI die erste europäische Bürgerinitiative, die im Plenum des Europäischen Parlaments eine Mehrheit findet.

In der Entschließung bekundet das Europäische Parlament „seine Unterstützung für die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack — one million signatures for diversity in Europe“; Das Europäische Parlament „**fordert die Kommission auf, auf sie einzugehen und Rechtsakte vorzuschlagen**, die auf den Verträgen und der EBI-Verordnung beruhen und mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit im Einklang stehen“. Das Europäische Parlament stellt zudem fest, „dass in der von der Kommission registrierten Initiative Legislativvorschläge in neun verschiedenen Bereichen gefordert werden und weist darauf hin, dass in der Initiative gefordert wird, dass jeder einzelne Vorschlag für sich genommen überprüft und bewertet wird“.

Am **15 Jänner 2021** teilt die **EU-Kommission** ihre Bewertung mit und kommt in allen neun Punkten zum Schluss, dass sie mit **keinen neuen Rechtsvorschriften und Maßnahmen** auf die Europäische Bürgerinitiative Minority SafePack reagieren wird. Sie verweist in den Begründungen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen auf fehlende Zuständigkeit der Europäischen Kommission, auf bereits bestehende gesetzliche Grundlagen und laufende Projekte und Gesetzesverfahren.

SÜDTIROL MUSS REAGIEREN

Die Stellungnahme der Europäischen Kommission ist eine große Enttäuschung für alle, die sich für eine stärkere Verankerung des Minderheitenschutzes in Europa einsetzen. Angesichts von **50 Millionen EU-Bürgern**, die sich in einer nationalen und sprachlichen Minderheitensituation befinden und deren Schutz vielfach nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist, darf diese Entscheidung der EU-Kommission vom Parlament einer Minderheitenregion, wie dem Südtiroler Landtag nicht kritiklos hingenommen werden.

Südtirol, dessen politisches Bestreben seit nunmehr einem Jahrhundert vom Schutz von Sprache und Kultur und der Selbstverwaltung geprägt ist, dessen ehemaliger Landeshauptmann Luis Durnwalder zu den Initiatoren des Minority SafePacks zählt und dessen Bürgerinnen und Bürger diese Initiative massiv unterstützt haben muss gegen dieses Verhalten der Europäischen Kommission protestieren und alles daransetzen, eine Umsetzung der in der MSPI angeführten Maßnahmen weiter zu verfolgen.

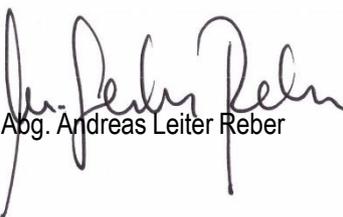
Auch in **anderen Regionen** regt sich bereits Widerstand gegen die Untätigkeit der Europäischen Kommission. Zahlreiche politische Vertreter von Minderheiten haben ihre Enttäuschung und ihren Unmut über die mangelnde Unterstützung der EU-Kommission bereits zum Ausdruck gebracht. Das Parlament der zu den Niederlanden gehörenden Region Fryslân (Friesland) hat einstimmig einen **Tadelsantrag** an die EU-Kommission verabschiedet. Durch die Verbreitung des Antrages in ganz Europa, möchten die Friesen erreichen, dass sich auch andere Staaten und Regionen anschließen.

Dies vorausgeschickt

beschließt

der Südtiroler Landtag

1. eine Protestnote an die Europäische Kommission zu richten, da sie angesichts der „Minority SafePack“- Bürgerinitiative tatenlos geblieben ist;
2. den Präsidenten des Europäische Parlaments zu ersuchen die Anliegen der MSPI erneut aufzugreifen und den entsprechenden Handlungsdruck auf die EU-Kommission zu erhöhen;
3. das demokratische Bürgerrecht der Europäischen Bürgerinitiative als partizipatives Instrument besonders zu würdigen und als verbindendes Element zwischen der Vielfalt der Völker Europas und den Institutionen der Europäischen Union hervorzuheben;


L. Abg. Andreas Leiter Reber

L. Abg. Ulli Mair